



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Gemeinderatssitzung 17. November 2011



KPÖ informiert:
GRAZ
 www.kpoe-graz.at

Gebührenstopp!

statt Belastungsmarathon

Kanal, Müll, Fernwärme – alles wird teurer

Fernwärme wird 2012 um 5 bis 6 % teurer. Deshalb stimmte die KPÖ im Gemeinderat gegen den Geschäftsbericht der Energie Graz. Das ist aber noch nicht alles: Die Kanal- und Müllgebühren werden in Graz mit Jahresbeginn um mindestens 3 Prozent angehoben. Am 1. Juli 2012 dürften die Fahrpreise für Bus und

Tram um mindestens 5 % verteuert werden.

Stadträtin Elke Kahr: „Das alles wirkt sich negativ auf die Masse der Bevölkerung aus. Ob die Leute in Zeiten des Sozialabbaus auch in der Lage sind, all diese Belastungen auch zu tragen, ist mehr als fraglich. Schließlich wird das tägliche Leben um 6,7 % teurer. Die Reallöhne sinken.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Es ist jetzt notwendig, einen Schutzschirm für die Menschen aufzuspannen. Wir fordern einen Belastungsstopp in



Graz. Diese Gebührenbremse ist auch angesichts der offiziellen Inflationsrate dringend notwendig. Verteuerungen bei Tarifen und Gebühren lehnen wir entschieden ab.“

Gleisdorfergasse: Disko „Retro“

Anrainer rebellieren, die Polizei meldet dutzende Einsätze im Umfeld der Diskothek, trotzdem kann das Etablissement „Retro“ in der Gleisdorfergasse 15 weitermachen wie bisher. Lärm, lautstarke Raufereien, Körperverletzungen und dergleichen scheinen dort an der Tagesordnung zu sein.

Die Grazer KPÖ hat bereits am 23. September 2011 in einer Anfrage an den Bürgermeister Maßnahmen im Sinne der AnrainerInnen gefordert. Am 15. November 2011 befasste sich der Bezirksrat Innere Stadt mit dem Problem.

viele Väter nach Abzug ihrer Zahlungen in eine verzweifelte Lage kommen, weil sie ihre eigene Existenz nicht mehr sichern können. Die KPÖ ist auch in dieser Frage auf der Seite der Schwachen.

Alimente: Notlagen verhindern

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
 Elke Kahr - KPÖ,
 Tel. 0316 / 872 20 60

Gezahlte Alimente sollen bei der Berechnung der Wohnbeihilfe des Landes nicht mehr in das Einkommen eingerechnet werden. Das forderte die KPÖ in einem Dringlichkeitsantrag im Grazer Gemeinderat. ÖVP, SPÖ und auch die Grünen lehnten diese einfache Forderung ab. Bei ÖVP und SPÖ ist es klar, warum: Sie machen der Belastungspartnerschaft im Land die Mauer.

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer: „Ich kann diese Haltung nicht verstehen. Vor

dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sind in den letzten Jahren immer mehr Menschen armutsgefährdet. Es geht darum, dass derzeit bei der Berechnung der Wohnbeihilfe für Kinder gezahlte Alimente vom Einkommen nicht abgezogen werden. Das führt dazu, dass



Ein Schutzschirm für Graz

© regine.schüttel - Fotolia.com



Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat am 17. November 2011

Einstimmig für Kabarettarchiv

Die Stadt Graz wird sich gemeinsam mit Land und Bund darum bemühen, damit die kulturell und wissenschaftlich einmalige Einrichtung „Österreichisches Kabarettarchiv“ in der steirischen Landeshauptstadt abgesichert wird.

Der Grazer Gemeinderat beschloss einstimmig einen diesbezüglichen Dringlichkeitsantrag von **KPÖ-Mandatar Mag. Andreas Fabisch**.



Fabisch: „Diese Willensäußerung der Stadt ist sehr wichtig. Die Zeit drängt nämlich. Die vorhandenen Räumlichkeiten des Archivs stehen nur noch bis Ende Dezember zur Verfügung. Es wäre eine Schande für die Kulturhauptstadt Graz, einzigartige Sammlungen möglicherweise in andere Städte ziehen zu lassen oder sogar ihre Auflösung zu riskieren.“

Es wäre eine Schande für die Kulturhauptstadt Graz, einzigartige Sammlungen möglicherweise in andere Städte ziehen zu lassen oder sogar ihre Auflösung zu riskieren.“

Fahrräder contra Blinde

Das Blindenleitsystem entlang des Baustellenzaunes beim Grazer Hauptbahnhof ist an sich eine gute Sache. Doch leider ist diese Blindenleitlinie meist komplett mit Fahrrädern verstellt. Und das, obwohl entlang



des Zaunes Hinweiszettel mit der Aufforderung angebracht worden sind, aus Rücksichtnahme auf Blinde dort keine Fahrräder abzustellen.

KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer forderte die Stadt Graz auf, hier für Ordnung zu sorgen.

Grundstücke um 390 Mio. Euro verkauft

Mit 5,11 Millionen Euro ist die Summe des letzten Immobilienpaketes vergleichsweise klein. Insgesamt hat die Stadt Graz in den letzten Jahren per Gemeinderatsbeschluss Grundstücke im Ausmaß von 390 Mio. Euro an die stadteigene Firma GBG verkauft und wieder zurückerhoben. Für diese Mieten muss Graz heuer schon eine Summe von 17 Millionen Euro aus dem Budget aufbringen.

Darüber hinaus verkauft



die Firma GBG immer wieder Grundstücke an Private. Am Donnerstag wurde das Gebäude eines ehemaligen Kindergartens verkauft. Die Stadt verzichtet dafür auf ihr Vorkaufsrecht.

KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann: „Diese Budgetkosmetik kann sich zur Vorstufe der Privatisierung von städtischem Eigentum entwickeln. Deshalb hat die KPÖ auch die Ausgliederung der Gemeindewohnungen verhindert.“

Jugendzentrum Eggenberg: Fortbestand gesichert!

Eine erfreuliche Antwort erhielt **KPÖ-Gemeinderätin Mag. Uli Taberhofer** auf ihre Frage zum Fortbestand des Jugendzentrums Youth Point in Eggenberg. Dieses muss ja mit Ende des Jahres aus den Räumlichkeiten der

Vinzenz-Pfarrkirche ausziehen. Der Jugendstadtrat hat in der GR-Sitzung zugesichert, dass es keine Unterbrechung im Bestand des Youth Point geben wird. Letzte Verhandlungen mit einem neuen Vermieter laufen bereits.

Taktverkehr verdichten

Für eine Verdichtung des Taktverkehrs der Busse in der St. Peter-Hauptstraße trat **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora** ein. Viele Menschen pendeln täglich mit ihrem PKW auf dieser Straße ins Zentrum und retour.

Mitverantwortlich dafür ist die mangelnde Attraktivität der Anbindung an den öffentlichen Verkehr in diesem Gebiet. So fahren die Linien 72 und 76 von Raaba und Hausmannstätten kommend in

Richtung St.-Peter-Schulzentrum auch zu den Stoßzeiten nur im 20-Minuten-Intervall.

Viele der dort in den vergangenen Jahren zugezogenen Menschen würden bei einem besseren Öffi-Angebot sehr wohl „umsteigen“ und gerne auf ihren PKW verzichten.



Spielplatz Laudong.-Starhembergasse

Der öffentliche Spielplatz in der Laudongasse/Starhembergasse steht auf der Prioritätenliste der Stadt Graz. Die Bewohner/innen der gesamten Umgebung hoffen, dass Ihre Vorschläge und Wünsche bei der Gestaltung des Spielplatzes auch Berücksichtigung finden. Aber sie brauchen einen langen Atem, denn die Realisierung lässt auf sich warten.

GRin Uli Taberhofer: „Man

gewinnt den Eindruck, dass die zuständigen Stellen nicht im Interesse der Kinder handeln, sondern dass sie sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Die Prioritätenliste der Stadt muss aber auch für die Zuständigen der Holding bindend sein. Abgesehen davon muss die Finanzierung sichergestellt werden, denn es ist ein öffentlicher Spielplatz.“ Sie forderte den Bürgermeister zum Handeln auf.

Steinfeldfriedhof

Beim Steinfeldfriedhof wird endlich ein WC errichtet. Das beschloss der Gemeinderat am Donnerstag. Dafür

hatte sich unter anderen auch **KPÖ-Bezirksvorstellvertreterin Inge Arzon** (Gries) eingesetzt.

Weitere Initiativen der KPÖ im Gemeinderat (17.11.2011):

- ⇒ Kostensteigerung Thalia-Projekt (Frage, Klubobfrau Ina Bergmann)
- ⇒ Errichtung eines städtischen Lerncafés im Bezirk Jakomini (Antrag, GR Andreas Fabisch)
- ⇒ Postämter und Postpartner im Grazer Stadtgebiet (Anfrage, GR Christian Sikora)
- ⇒ Parkverbot in der Luthergasse aufheben (Antrag, GR Manfred Eber)
- ⇒ Sanierung des Mittergrabenweges (Antrag, GR Andreas Fabisch)
- ⇒ smartes Taxi für Zwei (Anfrage, GR Manfred Eber)

Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

KPÖ wirkt!